

teressenverbände der Frauen und so weiter und so fort.

Ich halte das für das vernünftige Modell. Das ist bewährt in der Bundesrepublik. Man kann das eine oder andere sicher noch anmerken, aber es geht nicht, daß vom Ministerpräsidenten fünf Leute berufen werden, die dann darüber entscheiden. - Danke.

(Vereinzelt Beifall)

#### **Stellvertreter der Präsidentin Helm :**

Danke. Letzter Redner ist der Abgeordnete Marusch von der Fraktion DBD/DFD.

#### **Marusch für die Fraktion DBD/DFD:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch die Bauern, meine ich, wollen informiert sein, möglichst gründlich und aktuell, besonders in dieser schnellebigen Zeit. Das Überleitungsgesetz hat in den vergangenen Tagen und Wochen über unsere Medien einen heftigen Disput ausgelöst. Unterschiedlich sind die Meinungen, und auch die heutige Debatte zeigt, daß in diesem Hohen Hause sehr verschiedene Standpunkte existieren. Schon die Aktuelle Stunde am 5. Juli hat das zum Ausdruck gebracht.

Nach wie vor stehen wir auf dem Standpunkt: Das Aufeinanderzugehen und das gegenseitige Verständnis der Menschen im Osten und Westen Deutschlands ist mit der Herrstellung der staatlichen Einheit bei weitem nicht abgeschlossen. Es wird gewiß noch seine Zeit brauchen, bis die Menschen in beiden Teilen auf der gleichen Wellenlänge liegen.

Die Medien der DDR sind dafür nach unserer Ansicht ein unumgängliches Mittel. Wer könnte besser als sie, die unmittelbar mit uns gemeinsam hier auf dem Territorium der DDR gelebt und gearbeitet haben, geschichtlich mit uns gewachsen sind, diese Funktion erfüllen? Spüren wir nicht deutlich, meine Damen und Herren, daß sich dieses Fernsehen und dieser Rundfunk Mühe geben, ihre Identität wiederzufinden oder, besser gesagt, erst einmal zu geben. Aber schon wird mit dem Entwurf des Rundfunküberleitungsgesetzes ein Teil dieses Findungsprozesses eigener Identität genommen.

Unser Verständnis von Demokratie ist, daß bei der Erarbeitung und Vorbereitung solch wichtiger Gesetze die Betroffenen unbedingt mit einbezogen werden müssen. Wir sehen ja ein, daß ein Überleitungsgesetz notwendig ist, sind aber mit der Verfahrensweise seiner Ausarbeitung überhaupt nicht einverstanden.

Gerade um eine eigene Identität zu finden, ist die Fraktion der DBD/DFD dafür, entsprechend dem Willen der Mehrheit der DDR-Bürger, DDR-Rundfunk und -Fernsehen in eine dritte öffentlich-rechtliche Anstalt umzuwandeln. Das ist entgegen der uns vorliegenden Präambel, in der nur von einer föderalen Rundfunkstruktur gesprochen wird.

Die auf uns zukommende Einrichtung von Ländern macht es erforderlich, daß Programme und Sendungen neben dem internationalen und nationalen Geschehen auch einen regionalen Überblick geben. Das wird ja nicht erst mit dem Rundfunküberleitungsgesetz neu erfunden. Wer die Sendungen in den letzten Wochen aufmerksam verfolgt hat - sofern er natürlich Zeit dazu hatte -, wird feststellen, daß eine ganze Reihe Programme und Sendungen bereits existieren. Ich bin der Meinung, das sollte man auch einmal anerkennen.

Neben diesen grundsätzlichen Aussagen gibt es auch eine ganze Reihe offener Fragen, die der uns vorliegende Entwurf und auch dessen Einführung nicht beantworten.

Der § 6 Abs. 1 widerspricht sich nach unserer Überzeugung mit dem § 2. Hier sind wir nicht damit einverstanden, daß nach Bedeutung oder Unbedeutung unterschieden wird. Würde man den gesamten Text wörtlich als Gesetz annehmen, so wie wir ihn heute lesen, dann wäre der Rundfunk wieder eine Regierungsanstalt, die eine objektive Berichterstattung, wie sie in den §§ 1 und 2 gefordert ist, kaum zuläßt. Das hatten wir ja 40 Jahre lang.

Auch können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, daß solche Feststellungen, wie sie im § 13 bei der Berufung und Abbe-

rufung des Beirates bzw. des Direktors der Landesrundfunkdirektorate vorgesehen sind, eine sehr einseitige Angelegenheit sind. Hier muß es in den Ausschüssen noch ein hartes Stück Arbeit geben, um uns dann einen Beschlußvorschlag zu unterbreiten, der auch von unserer Fraktion getragen werden kann.

Pluralismus, Demokratie und Meinungsvielfalt sollten nicht nur zu den Aushängeschildern der westlichen Gesellschaft und ihrer Medien gehören, sondern auch zu den unseren werden. Darin eingebettet, sehen wir auch den Rundfunk in diesem Teil Deutschlands, der unbedingt auch zu den Menschen in diesem Teil gehört, der den spezifischen Bedürfnissen unserer Menschen besser gerecht werden kann als aus dem Boden gestampfte Landesanstalten, die in der Zukunft sicher eine bedeutende Rolle spielen werden, aber heute, gerade in der Phase der deutschen Einigung, einen nationalen Rundfunk in diesem Teil Deutschlands nicht ersetzen können.

Die Fraktion DBD/DFD ist für eine gründliche Überarbeitung des vorliegenden Gesetzentwurfes in den genannten Ausschüssen und auch für die Prüfung des Entwurfes der SPD-Fraktion. Herr Thierse, wir haben keinen Medienbeauftragten. Sicher, aus dem Grunde haben wir auch den Entwurf nicht erhalten. Auch wir empfehlen weiterhin eine stärkere Einbeziehung des noch existierenden Medienkontrollrates. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei DBD/DFD, SPD, PDS und Bündnis 90/Grüne)

#### **Stellvertreter der Präsidentin Helm:**

Meine Damen und Herren! Ich schließe die Aussprache. Das Präsidium schlägt vor, den Gesetzentwurf des Ministerrates auf Drucksache Nr. 134 zur federführenden Beratung an den Ausschuß Presse und Medien und zur Mitberatung an den Ausschuß für Kultur sowie den Ausschuß für Verfassung und Verwaltungsreform zu überweisen.

Wer mit diesem Überweisungsvorschlag einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Bei einer Gegenstimme wurde die Überweisung so beschlossen.

Wir treten jetzt in die Mittagspause bis 15.15 Uhr ein.

(Unruhe im Saal)

Ich möchte Sie ersuchen, diese Zeit pünktlich einzuhalten. Ich verderbe Ihnen sicherlich nicht den Appetit, wenn ich darauf hinweise, daß nach der Mittagspause noch mit einer Tagungsdauer von 7 bis 8 Stunden zu rechnen ist. Ich wünsche Ihnen guten Appetit.

(Unterbrechung der Sitzung)

#### **Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Meine Damen und Herren! Bevor wir die Nachmittagssitzung fortsetzen, möchte ich eine Ansage machen. Ich erinnere an unsere Bereitschaft, Spenden für Tschernobyl-Kinder einzuzahlen. Ich möchte noch einmal auf die Konto-Nummer 6691-15-285 verweisen.

Meine Damen und Herren! Ich rufe jetzt auf den Zusatzgesordnungspunkt 4

**Antrag der Fraktion Die Liberalen betreffend Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der BRD nach Artikel 23 mit Wirkung des 1. Dezember 1990 (1. Lesung)**  
(Drucksache Nr. 148).

Dieser Antrag wurde bereits heute morgen vom Abgeordneten Ortleb eingebracht. Das Präsidium hat hierzu keine Aussprache vorgesehen.

Ja, bitte, ein Geschäftsordnungsantrag.

#### **Bernd Meier (PDS):**

Ich stelle den Antrag, in Anbetracht der Dringlichkeit und des großen Gewichts dieses Themas, daß eine Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt stattfindet.